

„Die schönen Tage in Aranjuez sind nun zu Ende.“

Sommergedanken zur politischen und wirtschaftlichen Lage in Österreich

Von Rudolf Taschner, Wiener Wirtschaftskreis, 25. Juli 2022

Die gegenwärtige Lage Österreichs, auch Europas und der Welt, ist alles andere als ersprießlich.

Nicht nur sind die Bürden drängend. Wir leben in einem Klima der Bedrängnis. Die schönen Sommertage, die wir jetzt, nach beschwerlichen, von der Pandemie gebeutelten Jahren genießen, gewähren bloß eine kurze Frist des Verdrängens und Atemholens. Insgeheim fragen sich viele: Besitzen die politisch Verantwortlichen den klaren Blick für die zu setzenden Maßnahmen, die den Krisen ihre Stacheln nehmen? Wecken sie in der Bevölkerung das nötige Vertrauen, dass die nun zu treffenden und sicher schwerwiegenden Entscheidungen langfristig Wohlstand und Zuversicht in einem gefestigten Staat sichern?

Ich sehe dabei die politisch Verantwortlichen mit zwei gewichtigen und zwei weiteren, leider auch schwelenden Problemen konfrontiert:

Erstens der Ukraine Konflikt und seine Folgen: In einem bemerkenswert emotionalen Ausbruch rief in der Sitzung des 6. Juli der Abgeordnete Christoph Matznetter seinen Kollegen im Parlament zu: „Österreich ist ein neutrales Land! Wir wollen keinen Krieg! Wir sind ein friedliches Land!“ Seine Worte, denen ich uneingeschränkt zustimme, verdeutlichen die beiden nun endgültig zueinander widersprüchlich gewordenen Verpflichtungen, die Österreich auf sich genommen hat: die Neutralität einerseits, immerwährend und nach dem Vorbild der Schweiz des Jahres 1955 konzipiert, und die Loyalität zur Europäischen Union mit ihrem außenpolitischen Engagement als Kämpfer in einem Wirtschaftskrieg gegen Russland andererseits. Dieses Dilemma ist unlösbar, will man beiden Verpflichtungen nachkommen.

Hinzu kommt, dass der vom Präsidenten der Wirtschaftskammer Harald Mahrer erhobene Vorwurf an die Europäische Union nicht von der Hand zu weisen ist, die mit der Verhängung von Sanktionen gegen Russland geführte Taktik des Wirtschaftskrieges sei nicht zu Ende gedacht. Es ist hier nicht der Ort, den Ukraine Konflikt als solchen zu thematisieren. Was jedoch mehr als bedenklich stimmen sollte, ist die von jeglichem Geschichtswissen verlassene Verbohrtheit der EU-Politiker und der ihnen gehorsam dienenden meinungsbildenden Journalisten. Wie schändlich war es, als man den so weise argumentierenden Doyen der Außenpolitik Henry Kissinger nach seinen Worten am Weltwirtschaftsgipfel in Davos als senil verunglimpfte! Wenn Frau von der Leyen pathetisch behauptet, Ukrainer stürben für Europas Werte, halte ich dagegen: Ich will nicht, dass Ukrainer, auch nicht dass Russen im Granaten- und Artillerief Feuer sterben, schon gar nicht für die mit hohlem Pathos verkündeten Werte der Frau von der Leyen! Wenn der Journalist Frank A. Mayer, stellvertretend für viele seiner Zunft, kriegsbesoffen titelt, die Ukrainer brauchten „Waffen, Waffen, Waffen“, halte ich dagegen: Wie soll mit noch mehr Waffen ein Ende des Tötens gelingen? Vor allem graut mir davor, dass Europas kriegsgeile Kiebitze – ein scharfes, aber treffendes Wort, das einst im sogenannten Jugoslawienkrieg der von mir höchst geschätzte Rudolf Burger aussprach – mit ihrer Waffenrhetorik, vollmundig losgelassen von den bequemen Sofas ihrer vollklimatisierten Büros, den kriegerischen Hass befördern. Der Schaden, der damit angerichtet wird, ist unermesslich. Sinnvolle Zukunftsperspektiven, die allein im Beenden des Blutvergießens, im Schweigen der Waffen und im Führen von Verhandlungen bestehen können, werden auf lange Sicht verbaut.

Es droht insbesondere unserer Wirtschaft Schaden: in der Energieversorgung, in der Verknappung von Rohstoffen für die Industrie mit sicher weitreichenden Konsequenzen. Darüber hinaus droht den Ländern Afrikas ein massiver Engpass an Getreide- und vor allem an Düngelieferungen, der nicht bloß zu wirtschaftlichen Einbrüchen, sondern sogar zu Hungersnöten führen kann. Dass dies massive Völkerwanderungen in Richtung Europa nach sich zöge, die das Maß der gegenwärtigen Migration bei Weitem überträfen, ist zu befürchten. Bezeichnenderweise wurden

kürzlich getroffene Vereinbarungen der Kriegsgegner, die ein wenig Hoffnung geben, nicht auf Initiative der EU geschlossen.

Österreichs Außenpolitik ist in diesem Felde nicht wahrnehmbar. Nie hätte sich ein Staatsmann vom Format eines Bruno Kreisky, selbst wenn dieser nur ein – wie wir uns gegenseitig gerne beschönigend versichern – kleines Land vertritt, ein solch beschämendes, mit Phrasen umranktes Schweigen erlaubt. Neutralitätspolitik besteht auch darin, für jeden sichtbar mit allen Kriegsparteien vorurteilsfrei zu sprechen und seine guten Dienste als „ehrlicher Makler“ für Verhandlungen anzubieten. Es ist fraglich, ob Österreich diese Rolle noch zugemutet wird.

Noch beklagenswerter ist die Tatsache, dass sich Österreich ohne Not den Gefahren mangelnder Energieversorgung ausliefert: Im nördlichen Niederösterreich lagern Erdgasreserven, die ganz Österreich für mehr als zwei Jahrzehnte mit diesem Energieträger versorgen könnten. Statt diesen mit Hilfe eines von Herbert Hofstätter und seinem Team der Montanuniversität Leoben entwickelten umweltschonenden Verfahrens zu gewinnen, kaufen wir zu hohen Preisen aus Amerika durch Fracking entnommenes, danach verflüssigtes, mit Öltankern nach Europa verschifftes und wieder in den gasförmigen Zustand rückverwandertes Erdgas – widersinniger geht es nicht.

Zweitens die verfehlte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und ihre Folgen: Besser als es der Herausgeber des WirtschaftsKurier Oliver Stock formulierte, kann man es nicht beschreiben: „Die EZB erhöht die Zinsen für alle, nur nicht für die ärgsten Schuldner. Was soll das?

Acht Prozent. Etwa so hoch ist die Inflationsrate im Euroraum.

Acht Prozent bedeuten: Einer Familie, die in Deutschland 60.000 Euro Jahreseinkommen zur Verfügung hat, fehlen knapp 5000 Euro.

Das ist mehr, als jedes Entlastungspaket, jeder Tankrabatt, jede Pendlerpauschale und jedes Billigticket auf die Waage bringt. Der Urlaub in Italien fällt flach.

Zuständig für Geldpolitik und Inflationsbekämpfung ist die EZB. Sie hat einen lausigen Job gemacht.

Und sie macht ihn weiter so: Sie erhöht zwar die Zinsen, aber sie verspricht im gleichen Atemzug, dass Länder, die hohe Schulden haben, diese Zinsen nicht zahlen müssen. Ihnen will sie weiter Kredite zu Sonderkonditionen geben. Am Ende also Geld drucken – ein Vorgang, der die Inflation bekanntlich befeuert.

Zugespißt ließe sich sagen: Damit Italien weiter existiert, hat unsere Familie kein Geld mehr, um nach Italien zu fahren.

Was sie sich denkt, während sie zu Hause bleibt, ist klar.

Sie zweifelt an denen, die solche Entscheidungen fällen: an Christine Lagarde. Und sie verliert das Vertrauen in das, worauf die EZB aufpasst: den Euro. Am Ende passiert das Gegenteil von dem, was eigentlich beabsichtigt ist.

Der Euro und damit das wichtigste gemeinsame Instrument dieser wunderbaren Idee einer Europäischen Union wird schwächer und schwächer.“

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, dass die Teuerung durch die EZB wirksam bekämpft wird. Wenn nicht alle Zeichen trügen, rutschen wir in eine Phase der Stagflation, also einer Verbindung von enormen Preissteigerungen und schwindender Wirtschaftskraft.

Mit einer „paradoxen Intervention“ – dieses Wort entlehne ich vom Journalisten Hubert Wachter – ließe sich wirksam dagegen ankämpfen: Der Staat investiert mit mächtiger Hand, ungeachtet der Kredite, die er dafür aufnehmen muss. Allerdings hat er gezielt zu investieren: zukunftsweisend, nachhaltig, verantwortungsvoll. Damit baut er ein Bollwerk gegen die drohende Rezession.

Drei Bereiche bieten sich auf den ersten Blick an: Investitionen in Energietechniken - einige Zeilen zuvor wurde eine von ihnen erwähnt; die Wasserstofftechnologie ist ein zweites, vielversprechendes Feld. Investitionen in

Standortgestaltung und Gestaltung von Mobilität. Und Investitionen in Bildung, von den Kindergärten bis zu den Universitäten.

Allerdings entbindet dies nicht von grundsätzlichen Fragen zur europäischen Finanzpolitik, ja allgemein zu Fehlentwicklungen der Europäischen Union. Die Krisen, in denen wir uns befinden, sollten dazu zwingen, grundsätzlich alles in Frage zu stellen. Es wäre gefährlich, davor zu lange die Augen verschließen zu wollen.

Nicht genug mit den beiden hier ausführlich erörterten Problemen gibt es noch zwei weitere Kalamitäten, die ich bloß erwähne: die noch immer nicht vollständig bewältigte Coronakrise und das durch die verheerenden Aktionen der sogenannten Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft - schon dass „Wirtschaft“ und „Korruption“ bei ihr in einem Atemzug genannt sind, diskreditiert diese eigenartige Behörde - sowie der Untersuchungsausschüsse verlorene Vertrauen in die Seriosität der Politiker.

Wir leben in interessanten Zeiten.

Leider, könnte man meinen. Denn Chinesen halten es für einen Fluch, wenn man seinem Gegenüber interessante Zeiten wünscht. Doch man könnte es auch positiv sehen: Diese Zeiten geben Chancen zur Bewährung. Werden die politischen Entscheidungsträger Österreichs diese Chancen ergreifen?

Sie stehen vor dem Rubikon.

Jetzt kommt es darauf an, dem Volk eindringlich und glaubhaft zu vermitteln, dass für sie die Sicherheit und das Wohlergehen Österreichs obersten Vorrang haben, mag Frau von der Leyen flöten, was sie will. Dass sie alles dafür Nötige schnell ergreifen werden. Dass sie sich des Vertrauens würdig erweisen, das sie für ihr kluges und mutiges Handeln erwarten dürfen.

Genießen wir noch „die schönen Tage in Aranjuez“! Sie sind bald zu Ende.